Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
7 (1893)

215 (28.10.1893)

urn:nbn:de:gbv:45:1-227085

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen des werkthätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inserate die viergespaltene Zeile 10 ₰ bei Wiederholungen Rabatt. Postzeitungsliste Nr. 4757.

Abonnement bei Vorausbezahlung frei in's Haus: vierteljährlich . . . 2,10 ℳ für 2 Monate . . . 1,40 „ für 1 Monat . . . 0,70 „ excl. Postbestellgeld.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 215. Bant, Sonnabend den 28. Oktober 1893. 7. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Köln a. Rh., 25. Oktober.

Die heutige Sitzung wird von Fell-Leipzig geleitet.

Singer giebt den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Es wäre verlockend, in Köln, im Mittelpunkt der heuchlerischen Thätigkeit des Zentrums und des nationalliberalen Ausbeuterthums einen längeren Vortrag über die Arbeit unserer Fraktion zu halten, aber ich will mich kurz fassen und verweise auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Diesem ist wenig hinzuzufügen, nur die Affäre Feichter-Straßburg hat seit der Abfassung des Berichtes eine Erledigung gefunden. Die Herren haben sich friedlich geeinigt und die Klage gegen Feichter ist zurückgezogen worden. Was die Gesammthaltung der Fraktion betrifft, so ist in ihr die prinzipielle Auffassung der Partei über den Parlamentarismus stets zum Ausdruck gelangt. Für uns ist der Parlamentarismus nicht Selbstzweck, sondern ein allerdings wichtiges und bedeutendes Mittel zum Zweck. Am deutlichsten trat dieses Prinzip bei der Berathung der Militärvorlage hervor. Wir bekämpften nicht nur die Heeresvermehrung, sondern wir richteten unsere Angriffe darüber hinaus gegen das ganze System. Wir haben nachgewiesen, wie kulturfeindlich und verderblich der Militarismus an sich ist und daß mit dem Militarismus auch seine Basis, die bürgerliche Gesellschaft, zu beseitigen ist. (Beifall.) Redner geht nun auf die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge ein. Er bittet, den größten Theil der Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Einen anderen Theil bittet er abzulehnen, so einen Antrag auf Aufhebung des Impfzwanges, der gar nicht sozialdemokratisch sei. Man kann ein Freund des Impfzwanges sein und dabei ein guter Sozialdemokrat und andererseits kann der konservativste Reaktionär ein wüthender Gegner des Impfzwanges sein. Ein Antrag, der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Verstaatlichung der für die Ernährung des Volkes hauptsächlichsten Bodenerzeugnisse fordert, ist von so weittragender Bedeutung, daß er hier nicht so kurzer Hand verhandelt werden kann. Auch ein Antrag der Leipziger Genossen, welcher die Doppelkandidaturen verbietet, geht zu weit. Durch die Doppelkandidatur Bebel's in Straßburg und Hamburg haben wir den Sitz in Straßburg gewonnen. Die Namen Liebknecht und Bebel sind mit den Reichslanden eng verknüpft, es ist ein Gebot der Klugheit, dort gerade mit diesen Namen zu gewinnen. Wo Doppelkandidaturen zu vermeiden sind, sollen sie auch vermieden werden, das ist selbstverständlich. Redner giebt am Schlusse seiner Ausführungen die Versicherung, daß die Fraktion auch künftig fest an den Parteiprinzipien halten werde. (Beifall.)

In der Diskussion verlangt Eichhorn-Pirna, daß sofort bei Beginn der neuen Session der Antrag auf Schutz der geheimen Wahl bei den Reichstagswahlen eingebracht werde, damit er auch ordentlich verhandelt werden könne.

Sonst wird das Wort nicht verlangt. Es gelangt die folgende Resolution zur Annahme:

Der Parteitag hat keine Veranlassung, gegen die verflossene Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Erinnerungen zu erheben. Der Parteitag heißt daher die Thätigkeit gut und fordert die sozialdemokratische Fraktion auf, auch ferner mit allen Kräften die Interessen des Proletariats zu vertreten, geleitet von dem Grundsatz, daß die parlamentarische Thätigkeit stets Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck sei.

Ein Antrag, „die Reichstagsfraktion aufzufordern, die Reichsregierung zur Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik zu veranlassen“, wird debattelos dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Weiter liegt ein Antrag Harm-Altona vor, der „1) eine vom Staate organisirte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit verlangt, 2) eine Verstaatlichung der für die Ernährung des Volkes hauptsächlich in Betracht kommenden Bodenerzeugnisse, insbesondere des Getreides, sowie des Handels mit diesen fordert und 3) auf eine Organisirung des Arbeitsnachweises hinzuwirken ersucht.

Heymann-Berlin und Lesche-Altona wenden sich gegen den Antrag. Heymann hält nur den 3. Punkt für diskutirbar, Lesche will auch diesen abgelehnt wissen.

Bebel: Der erste Punkt soll in einer neuen Form wieder einmal das Recht auf Arbeit vom Staat verlangen. Es gab Mitte der 80er Jahre auch bei uns Leute, die an die Möglichkeit des Rechtes auf Arbeit glaubten, auch jetzt noch in der Schweiz waren 50000 Leute der gleichen Ansicht. Ich meine, im heutigen Staate ist das Recht auf Arbeit ein Unsinn. Die Erfüllung des zweiten Punktes würde nur der Agrar-Bewegung Vorschub leisten. Der dritte Punkt wird uns bei den Gewerkschaften beschäftigen. Es ist mir zweifelhaft, welche Ansicht die Oberhand gewinnen wird. Der Pilgermarsch der Gewerkschaften zum sozialpolitischen Kongreß in Frankfurt zeigt nicht, daß die Gewerkschaften die Neigung haben, den Arbeitsnachweis selbst in die Hand zu nehmen. Vielleicht empfiehlt es sich, daß die Fraktion den Theil des Arbeiterschutzgesetzentwurfs, der von den Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Reichsarbeitsämtern handelte, wieder einzubringen.

Die Punkte 1 und 2 werden abgelehnt. Punkt 3 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag auf Aufhebung des Impfzwanges wird abgelehnt, nachdem Bebel sich dagegen erklärt, indem er darauf hinwies, daß im Falle der Annahme dann auch die Gegner der Vivisektion, des Vegetarismus der Naturheilkunde mit Forderungen kommen könnten.

Ein Antrag, „die Reichstagsfraktion aufzufordern, auf Einführung des Achtstundentages zu bringen“, wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Die Parteigenossen von Düsseldorf und Frau Rohrlack-Berlin beantragen: „Die sozialdemokratische Fraktion soll im Reichstage einen Gesetzentwurf einbringen, welcher die Anstellung weiblicher Fabrikinspektorinnen verlangt. Es dürfe dabei aber keine Verminderung der bereits angestellten männlichen Fabrikinspektoren eintreten. Die Anstellung sämmtlicher Fabrikinspektoren soll durch geheime, gleiche und direkte Wahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitgeber erfolgen. Die Besoldung hat durch den Staat zu erfolgen. Den Beamten soll Exekutivgewalt verliehen werden.“

Frau Rohrlack begründet den Antrag. Sie weist darauf hin, daß Minister von Bötticher gesagt habe, die Arbeiter sollten solche Forderungen nur getrost stellen, die Regierung werde dann das Mögliche thun. Sie ergeht sich in Klagen über die laxe Handhabung der jetzigen Revisionen. Mancher Inspektor käme gar nicht in die Räume, in denen die gefährlichsten Maschinen ohne jede Schutzvorrichtung stehen. In Dresden existire eine Blechwaarenfabrik mit einer Maschine, die „Daumen-Guillotine“ heiße, aber noch nie von einem Fabrikinspektor besichtigt worden sei.

Auch Frau Kaufmann-Düsseldorf tritt für den Antrag ein.

Der Antrag wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Ein Antrag, „die Reichstagsfraktion zu veranlassen, im Reichstag die Abänderung des § 120d der Gewerbeordnung dahingehend zu beantragen, daß die Behörden nicht wie bisher nur befugt sind, alle Maßnahmen zu treffen, welche die Durchführung der §§ 120a—120d erforderlich machen, sondern daß ihnen die Verpflichtung hierzu auferlegt wird,“ wird von Stolten-Hamburg bekämpft, man solle sich doch nicht auf solchen Klein-Kram einlassen, besser sei eine durchgreifende Aenderung der Gewerbeordnung.

Scheitzler-Dresden tritt für den Antrag, unter Hinweis auf die vielen in Fabriken vorhandenen Schäden ein, denen die Polizeibehörden abzuhelfen oft nicht gewillt sind.

Abg. Wurm-Hannover meint, daß der § 120d ganz korrekt gefaßt sei, und daß Worte den Uebelständen nicht abhelfen könnten, die Arbeiter selbst müßten die Berichte der Fabrikinspektoren gründlicher kontrolliren.

Zu einem Antrag auf schnellere Erledigung der Wahlprüfungen nimmt Auer das Wort. Er bemerkt, daß dieser Antrag kein spezifisch sozialdemokratischer sei, daß ähnliche Anträge auch von anderen Parteien speziell von den Freisinnigen gestellt wurden. Er weist auf den weitschweifigen Weg der Wahl-Erhebungen hin und meint, viel nützen würde der Antrag nicht und es sei das Beste, die Fraktion nicht mit dieser Aufgabe zu behelligen.

Baker-Hamburg hält den Antrag für zu kleinlich, die Partei habe Wichtigeres zu thun, sie habe doch die Kinderschuhe glücklich ausgezogen.

Singer will den Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen wissen, er meint, es sei doch möglich den Mitgliedern der Prüfungskommission Befugnisse einzuräumen, die eine direkte Beweiserhebung ermöglichen.

Der Parteitag beschließt im Sinne Singers.

Für einen Antrag, „die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages soll baldmöglichst einen Antrag auf Beseitigung der jetzt bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze einbringen“, tritt Dr. Lütgenau ein. Er weist darauf hin, daß sich auch in anderen Parteien der Wunsch nach einem besseren Vereins- und Versammlungsrecht geltend mache, also nicht zu befürchten sei, daß eine allgemeine einheitliche Neuregelung eine Verschlechterung des bestehenden Rechtes herbeiführen werde. Das Vereinsrecht enthalte so viele Unklarheiten, Mängel und Lücken, daß eine Abhilfe dringend nothwendig sei.

Geck-Offenburg ist gegen den Antrag. Er glaubt, daß ein Reichsvereinsgesetz mit einer Rückwärts-Revidirung der bestehenden guten Vereinsgesetze verbunden sein und Baden nur drangsaliren würde.

Leiphardt-Stuttgart und Heymann-Berlin wünschen ein freiheitliches Vereinsgesetz. Letzterer meint, mit einer Agitation in großem Stile werde es zu erreichen sein.

Jöst-Mainz ist gegen den Antrag. Im Programm seien die Forderungen in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht schon festgelegt. Nach dem Programme solle man sich richten. Die Ueberwachung seitens der Polizei sei gar nicht so schlimm. Die Polizei-Proletarier hören da Manches, was ihnen zu hören gut ist. (Heiterkeit.)

Es sprechen noch Huth-Elberfeld, Stolten-Hamburg, Stadthagen, Günther-Braunschweig, Schmidt-Zwickau und Bebel, theils dafür, theils dagegen.

Auer beantragt: „Die Fraktion wird beauftragt, durch entsprechende Anträge im Reichstage auf die Erfüllung der Forderungen, wie sie unser Programm in Bezug auf das Vereinsrecht aufstellt, hinzuwirken“.

Die Parteigenossen in Düsseldorf beantragen, „daß an den Verhandlungen des Reichstages nur ein Bruchtheil der Abgeordneten an den Sitzungen theilnimmt; die disponiblen Kräfte sollen sich der unmittelbaren Propaganda zuwenden. Diese disponiblen Abgeordneten sollen in den verschiedenen Provinzen große Volksversammlungen abhalten, in welchem sie über die gerade brennenden Fragen zum Gegenstand ihrer Beleuchtung und Kritik zu machen haben“.

Singer sieht in dem Antrage ein Liebäugeln mit den „Unabhängigen“ und ist deshalb dagegen.

Der Parteitag geht über den Antrag zur Tagesordnung über.

Der Präsident macht Mittheilung von den Verurtheilungen im Berliner Geheimbundsprozeß. Die Mittheilung wird mit Rufen „Der neue Kurs“ aufgenommen.

Hier wird die Sitzung auf Nachmittag vertagt.

In der Nachmittagssitzung wird die Frage der Maifeier verhandelt.

Liebknecht ist Referent und schlägt als solcher die folgende Resolution vor:

„Gemäß den Beschlüssen der Internationalen Arbeiter-Kongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirthschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiter-Interessen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.“

Redner giebt eine Geschichte des Maifeier-Beschlusses. Der Pariser Kongreß habe im Interesse des Achtstundentages beschlossen, am 1. Mai ein Arbeiterfest zu feiern. Arbeitsruhe sei nicht beschlossen worden, das sei eine falsche Auslegung des Wortes Feier gewesen. Eine Diskussion habe in Paris nicht stattgefunden, wäre dort von Arbeitsruhe gesprochen worden, der Beschluß wäre nicht gefaßt worden. Die Fraktion habe auch sofort von der Arbeitsruhe abgerathen. Wie die Dinge heute lägen, sei eine Arbeitsruhe nicht möglich. Der Gedanke der Arbeitsruhe sei deshalb nicht prinzipiell aufgegeben. Streitigkeiten seien auch darüber entstanden, ob die Feier unbedingt am 1. Mai abgehalten werden müsse, oder am 1. Sonntag im Mai. In England habe man eingesehen, daß sich die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht durchführen lasse und wählte den ersten Sonntag im Mai. Durch die Beschlüsse der verschiedenen Kongresse sei der Gedanke immer mehr zur Geltung gelangt, daß die Feier nur am 1. Mai stattzufinden habe. In Zürich habe man beschlossen, die Parteien in den einzelnen Ländern hätten die Pflicht, die Arbeitsruhe anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen. Die Deutschen hätten für diese Fassung des Beschlusses nicht gestimmt, weil sie nicht die Verantwortung übernehmen konnten, jeden Versuch, jede Tollköpfigkeit zu unterstützen, die ein enthusiastischer Parteigenosse begehe, sonst würde die Partei in einen Generalkampf verwickelt werden, in dem sie unterliegen müsse. Man solle nur an den Hamburger Tabakarbeiterstreik denken, der verloren gegangen sei in der Stadt, die die besten Arbeiterorganisationen aufzuweisen habe. Die Londoner Genossen seien in Zürich auch dieser Meinung gewesen und für die Engländer habe man der Resolution eine etwas gelindere Fassung gegeben. Es heiße darin, man solle nach Arbeitsruhe „streben“. Zwischen „sich bemühen“ und „versuchen“ sei ein großer Unterschied. In der englischen Fassung hätten wir dem Beschlusse zugestimmt. Die Resolution verlege die Feier auf den ersten Mai und lasse kein Schlupfloch zur Umgehung und Verlegung auf den Sonntag. Sie gehe auch weiter, als frühere Resolutionen, die die Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier bezeichneten, die heutige Resolution bezeichne die Arbeitsruhe direkt als erstrebenswerth. Jetzt sei die Arbeitsruhe oder ein Generalstreik unmöglich, die Geschäftslage sei noch schlimmer, die Reservearmee noch größer geworden, als vor 2½ Jahren. Die Bourgeosie habe zum Streik gehetzt. Die Sozialdemokratie werde sich aber nicht mehr hetzen lassen, sondern den Zeitpunkt zum Kampf dann bestimmen, wenn sie es für richtig halten werde. Jetzt seien die Waffen zu ungleich. Wenn der Partei Feigheit vorgeworfen werde von den Feigsten der Bourgeoisie, so könne sie darüber lachen. Die Millionen-Arme des Proletariats seien noch nicht vereint. Diese Thatsachen könnten keine Phrasen aus der Welt schaffen. Eine Partei, wie die sozialdemokratische, müsse sich von der Phrase emanzipiren und dürfe nicht phrasentönende Resolutionen fassen. (Bravo.)

Die meisten zur Frage der Maifeier eingelaufenen Anträge und Resolutionen decken sich mit derjenigen Liebknechts. Ein Berliner Antrag aber enthält die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai in denjenigen Orten, in denen Volksversammlungen dahingehende Beschlüsse fassen. Andere Anträge verlangen die Verlegung der Feier auf den ersten Sonntag im Mai.

In der Diskussion verlangt Jost-Berlin, daß die Feier überall gleichmäßig an einem Tage stattfindet und keine Rücksicht auf schlechtes Wetter und ähnliche Dinge genommen wird. Versammlungen müssen schon am Vormittag abgehalten werden.

Zubeil-Berlin: Die wirthschaftlich Bessergestellten sollen mit der Arbeitsruhe anfangen, dann werden die wirthschaftlich Schwächeren schon nachfolgen. Er ist mit der Resolution Liebknechts einverstanden.

Millarg-Berlin: Mit der Arbeitsruhe haben die österreichischen Genossen gute Erfolge erzielt, wir sollten das berücksichtigen. Alle Kundgebungen müssen am 1. Mai stattfinden. Jeder Klimbim, wie Spezialitäten-Vorstellungen, die der Feier nur den ernsten Charakter nehmen, muß unterbleiben. Auch Geschäfte dürfen nicht mit der Maifeier gemacht werden, der Unfug mit den allgemeinen Orden und Ehrenzeichen (Heiterkeit. Redner meint die Maifest-Abzeichen) muß endlich aufhören.

Zur Resolution wird ein Unterantrag eingebracht, der die Forderung aufstellt, die Feier nur am 1. Mai abzuhalten. Der oben erwähnte Antrag der Berliner Genossen wird durch Wengels-Berlin zu Gunsten der Resolution Liebknecht zurückgezogen.

Könen-Hamburg: Trotz der Resolution Liebknecht werden die Genossen doch hie und da ihren eigenen Weg gehen. So wird es in Hamburg sein. Allerdings sind auch hier schon zwei Meinungen vorhanden. Die einen meinen, die Feier werde zu einem Jahrmarktströdel oder Faschingströdel ausarten. Wir möchten auch in der That darauf achten, daß die Demonstration nicht ausartet. Immerhin werden es sich die Hamburger nicht verbieten lassen, ihre Demonstration abzuhalten und diesen Vorbehalt mache er hiermit.

Bilz-Pankow: Ich bin beauftragt, für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, habe mich aber durch die Ausführungen Liebknechts eines anderen belehren lassen. Die Gewerkschaften müssen sich die Feier mehr angelegen sein lassen.

Joest-Mainz ist der Ansicht, daß die Liebknecht'sche Resolution nicht bestimmt genug ist, sie läßt den verschiedenen Auffassungen zu weiten Spielraum und es wird auch diesmal Leute geben, die sich stark genug zum Feiern fühlen und die wir dann, wenn sie unterlegen sind, unterstützen müssen. Mir wäre es am liebsten, wir sagten einmal klar, wir sind genöthigt, von der Arbeitsruhe abzusehen, so lange die wirthschaftliche Lage eine so schlechte ist. Da keine bessere Resolution vorhanden ist, stimme ich aber für die Liebknecht'sche Resolution.

Opifizius-Pforzheim glaubt, daß eine ganz einheitliche Maifeier nicht durchzuführen sei. In ländlichen Kreisen muß man froh sein, wenn die Leute am Sonntag zur Feier kommen.

Thiele-Göppingen wünscht, daß die Parteigeschäfte am 1. Mai Arbeitsruhe halten.

Gewehr-Elberfeld ist erfreut, daß Liebknecht heute die Maifeier nur am 1. Mai abgehalten wissen wollte, damit wird eine einheitliche Feier angebahnt. Die Resolution hätte gleichwohl etwas weitgehender sein können, wir brauchen nicht immer in der Defensive bleiben, wir können als Kampfespartei auch einmal in die Offensive treten. Genosse Joest hat hier wohl zu graulich gemacht. Vor unüberlegten Arbeitseinstellungen ist gleichwohl zu warnen.

König-Witten-Bochum: Im Kohlenrevier ist Arbeitsruhe am 1. Mai ein Unding. Der letzte Streik habe das gezeigt. Er bittet, einen Beschluß zu fassen, der auch eine spätere Feier ermöglicht.

Hofmeister-Halle ist gegen die verschiedenzeitige Feier, er ist für die Resolution Liebknecht's.

Legien-Hamburg erklärt, daß die Genossen von Hamburg schon daran denken, die Demonstration am Sonntag fallen zu lassen. Wahrscheinlich werde diese Ansicht in ganz Hamburg durchdringen. Jedenfalls möge sich der Parteitag durch Rücksicht auf Hamburg in seinen Entschließungen nicht beirren lassen.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, tritt Schluß der Diskussion ein.

Liebknecht giebt im Schlußwort seiner Freude darüber Aus-

Landesbibliothek Oldenburg

druck, daß seine Resolution fast allseitige Zustimmung gefunden habe. Er wendet sich gegen die einzelnen Abänderungsvorschläge, die theils eine Abschwächung, theils eine Verschlechterung bedeuteten. Auch der Unterantrag sei überflüssig. Wenn er sage, der 1. Mai solle gefeiert werden, so sage er doch nicht, der erste Sonntag solle gefeiert werden, das sei doch gegen jede Grammatik, gegen jedes Sprachgefühl. Der Bergarbeiter, der hier gesprochen, habe so recht dargethan, daß an eine Arbeitsruhe nicht zu denken ist. Jost habe gesagt, der Maibeschluß sei der unglücklichste Beschluß gewesen, er sage, der Jubel, mit dem er überall in anderen Ländern aufgenommen wurde, habe bewiesen, daß er vielleicht der glücklichste Beschluß gewesen ist. Die Resolution werde künftighin Reibungen mit den ausländischen Genossen vermeiden. Redner weist die Ausstellungen, die im Laufe der Debatte gegen die Resolution laut geworden sind, im Einzelnen zurück. Wenn die Geschäfte gut gehen, die Reservearmee zurückgegangen ist, die Konjunktur günstiger geworden ist, dann ist auch in der heutigen Gesellschaft eine allgemeine Arbeitsruhe möglich, und daß diese ein erstrebenswerthes Ziel ist, darin sind wir wohl alle einig. Redner bittet um möglichst einstimmige Annahme der Resolution; damit ist die Kluft überbrückt, die uns von manchen Genossen im Auslande noch trennt; das deutsche Proletariat steht in Reih und Glied mit den Arbeitern der übrigen Länder. Die Annahme der Resolution würde selbst eine Feier sein, denn sie ist eine Bethätigung des Gedankens der internationalen Solidarität, der uns alle erfüllt: Wir bekunden damit den Arbeitern aller Länder, daß wir eins sind mit ihnen in jeder Beziehung.

In der Abstimmung werden alle Unteranträge abgelehnt. Die Abstimmung über die Liebknecht'sche Resolution ist eine namentliche. Bebel und Hülle-Erfurt sind Versammlungen wegen, die sie in Reichbarstädten abhalten, an der Abstimmung verhindert. Sie lassen erklären, daß sie dafür gestimmt haben würden. Das Resultat der Abstimmung ist die Annahme der Resolution mit 195 gegen 3 Stimmen. (Bravo.)

Ein Antrag, die Maifestzeitung in besserer Ausstattung als bisher erscheinen zu lassen, wird angenommen.

Die Wahlen zur Siebener-Kommission, welche den Streitfall Schumacher zu erledigen hat, sind vollzogen. Es sind in die Kommission Gerisch, Stolten-Hamburg, Geck-Offenburg, Stadthagen, Lehmann-Dortmund, Kleeb-Magdeburg und Gewehr-Elberfeld gewählt worden.

Da morgen Abend ein Kommers abgehalten werden soll, wird der Parteitag morgen von 9 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags tagen.

Schluß der Sitzung 7¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Bant, den 27. Oktober.

— Die Tabaksteuer begegnet allgemeinem Mißbehagen. Miquel denkt 50 Millionen Mark dabei herauszuschlagen und zwar durch Einführung der Fabrikatsteuer. Offiziös wird behauptet, es handle sich um eine Steuer, die bei Zigarren und Zigaretten sich auf ein Drittel des Fakturawerthes, also des vom Fabrikanten dem Zwischenhändler in Anrechnung gebrachten Betrages, bei Kau- und Schnupftabak auf ein Halb und bei Rauchtabak auf zwei Drittel des Fakturawerthes belaufen soll. Die „Nordd. Allg. Ztg." hat auf Grund dieser Angaben eine Berechnung aufgestellt, aus der hervorgeht, daß dann nach Hinzurechnung des Steuerbetrages künftig Fünfpfennig-Zigarren nur sechs Pfennige zu kosten brauchten. Es soll dadurch bewiesen werden, daß der Konsument garnicht so arg unter der geplanten Steuererhöhung zu leiden hätte. Nun wäre eine Preiserhöhung des Tabaks und der Zigarren um 20% noch immer schlimm genug. Die Erfahrung hat aber obendrein gelehrt, daß alle vor Erlaß einer Steuer gemachten Berechnungen, die stets mehr auf eine Ableugnung der Preiserhöhung hinausliefen, in der Wirklichkeit keine Bestätigung gefunden haben. Schließlich war es doch immer der arme Mann, der die Steuersche bezahlen mußte, und so wird es auch diesmal mit der Tabakfabrikatsteuer gehen.

— Eugen Richter findet doch auch etwas Gutes an der Sozialdemokratie, wenn es auch nur ihre Organisation und ihre — Finanzen sind. In beweglichen Worten schildert er das Ungenügende der bisherigen Organisation seiner „Freisinnigen Volkspartei" und bemerkt: „Die Parteikämpfe werden gegenwärtig in Deutschland nicht bloß lokal ausgefochten, sondern mit zentralen Mitteln. Nur diejenigen lokalen Parteiorganisationen haben Aussicht, zentralisirten Gegenparteien gegenüber Stand zu halten, welche selbst innerhalb einer gut organisirten und zentralisirten Partei stehen. Ohne Unterstützung einer Gesammtpartei fehlt es den einzelnen Vereinen nur zu oft an zureichenden Agitationskräften, an Geld, Rednern, Agitatoren und selbst an Wahlkandidaten. Läßt aber ein Verein die Frage offen, ob er sich der Gesammtorganisation der Freisinnigen Volkspartei oder der Freisinnigen Vereinigung anschließt, so wird er in den meisten Fällen weder von der einen noch von der anderen Seite eine kräftige Unterstützung für die örtlichen Parteizwecke und Wahlzwecke erhalten. Ein anderer Punkt, dessen praktische Bedeutung auch aus dem sozialdemokratischen Parteibericht erhellt, betrifft die Geldfrage. Aus dem sozialdemokratischen Parteibericht ist zu entnehmen, daß die Zentralkasse in der Lage war, in den fünf Monaten seit der Reichstagsauflösung bis Oktober für Wahlagitationen nicht weniger als 127 818 Mark auszugeben. Das ist genau das Doppelte von dem, was die Zentralkasse der Freisinnigen Volkspartei überhaupt in dieser Zeit für Wahlzwecke und Parteizwecke zusammen ausgeben konnte. Die sozialdemokratische Partei aber hat in derselben Zeit auch noch 10 000 Mk. für allgemeine Agitation und 5398 Mk. an Gehältern und Verwaltungsausgaben verausgabt, ungerechnet die sonstigen Ausgaben zu Unterstützungen Gemaßregelter, zu Prozeß- und Gefängnißkosten, zu Preßunterstützungen und dergl. In derselben Zeit flossen der Zentralkasse der sozialdemokratischen Partei 152 337 Mk. Einnahmen zu. Die Gesammteinnahme dieser Parteikasse in dem Jahr Oktober 1892 bis Oktober 1893 belief sich auf 258 326 Mk. Die sozialdemokratische Partei veranstaltet nicht bloß Sammlungen aus Anlaß einer unmittelbar bevorstehenden Reichstagswahl, sondern verfügt über fortdauernde, von Monat zu Monat fällig werdende Einnahmen. Dieselben betrugen auch in dem Jahr 1891/92, also in einem Jahr, in welches keine allgemeinen Reichstagswahlen fielen, 233 916 Mk. Durch solche regelmäßigen Einnahmen von jährlich rund einer Viertelmillion Mark ist die sozialdemokratische Partei in der Lage, dauernde Organisationen für Parteizwecke in den verschiedensten Richtungen zu schaffen, während einmalige Sammlungen für Reichstagswahlzwecke immer nur für dem Augenblick improvisirte Organisationen ermöglichen. Auch dieser Nachtheil gegenüber der sozialdemokratischen Partei ist auf dem allgemeinen Parteitag der Freisinnigen Volkspartei erkannt worden und hat zu der Resolution Veranlassung gegeben, bemittelte Parteigenossen im Reiche um besondere freiwillige Jahresbeiträge zu zentralen Zwecken der Partei für die Dauer einer Wahlperiode zu ersuchen." — Eugen Richter meint es ja natürlich sehr gut mit der „Freisinnigen Volkspartei"; wir zweifeln aber doch sehr, ob der warme Appell an die bemittelten Parteigenossen etwas nützen wird. Diese Herren sind gewohnt, den Daumen auf dem Beutel zu halten, so bald es sich nicht um schnell zu erringende Vortheile handelt. Die Opferwilligkeit unserer Genossen aber hat ihren Grund in deren Ueberzeugung, daß zu einem langen, intensiven Kampf auch entsprechende Mittel gehören.

— Der „Reichsbote", eines der Blätter, das den Mordanfall, den General v. Kirchhoff auf den Redakteur Harich verübt hat, zu beschönigen und nebenbei gegen die — Juden auszubeuten suchte, brachte dieser Tage folgende Notiz: „Verschwunden ist aus Friedrichshagen ein junger Mann, der dort als Rentner lebte und nebenbei Mitarbeiter anarchistischer Blätter war. Gleichzeitig ist die Gattin eines dortigen Genossen „in Abwesenheit" gerathen." — Es ist das hier kein „Judenblatt", das Privatverhältnisse an die Oeffentlichkeit zerrt, sondern der orthodox-konservativ-antisemitische „Reichsbote". Wir sind auch entschieden der Meinung und haben das des Oefteren schon betont, daß dergleichen Dinge nicht in die Zeitungen gehören. Wenn aber eine gewisse Presse den Sittenrichter spielt und Anklagen erhebt, dann sollte sie nicht parteiisch verfahren, sondern zunächst vor der eigenen Thüre kehren. Wie nun, wenn ein bei der obigen „Familienaffaire" Betheiligter dem Redakteur des „Reichsboten" mit dem Revolver auf den Leib rückte — würde da die „Kreuzzeitung" auch von einer berechtigten Nothwehr sprechen, wie sie es in dem Falle Kirchhoff-Harich gethan hat?

— Aus dem Eldorado der Junker. Der „Vorwärts" ist in der Lage, folgendes Schriftstück zu veröffentlichen:

„Dem Wirthschaftsmeier Grau, der zum 1. Oktober meinen Dienst verläßt, beabsichtige ich, bis auf weiteres eine jährliche Pension von 40 Mk. — Vierzig Mark — zu geben, was ich demselben für die Erwerbung einer Wohnung bei dem Gutsbesitzer Herrn August Jahnke hiermit mittheile.

Adamsdorf, 20. Juni 1890.

Karbe."

Grau, der 1829 in dem Dorfe geboren, hat sein ganzes Leben lang mit einer kurzen Unterbrechung auf dem Gute in Adamsdorf gearbeitet, und da der Mann nun einige sechzig Jahre alt geworden, folgte der Herr Gutsbesitzer einer edlen Eingebung seines Herzens und sagte zu Grau: „Sieh', lieber Freund, Du bist mir viele Jahre ein treuer und redlicher Arbeiter gewesen und da Du nun alt und schwach geworden, so sollst Du zum Lohne es in Deinen alten Tagen auch gut haben!" und der Mann erhielt „Vierzig Mark" jährliche Rente zur — Erwerbung einer Wohnung! Zum Leben war ja frische Luft genug vorhanden. Diese 40 Mk. wurden in halbjährlichen Raten à 20 Mk. gezahlt. Als am 1. Oktober d. J. der alte Mann abermals sein Geld haben wollte, da wurde ihm von Herrn Karbe folgender Bescheid: „Gehe nur zu Deinem Sohne und lasse Dir was geben, denn der bekommt ja genug von den Sozialdemokraten." Somit waren zwei Fliegen mit einem Schlage getroffen; man hatte dem politischen Gegner eins ausgewischt und zugleich — sein Geld gespart. Solche Vorkommnisse sind außerordentlich geeignet, die Arbeiter an ihren „gnädigen" Herrn zu fesseln; so glaubt man sie den Lehren der Sozialdemokratie unzugänglich zu machen. Herr Karbe und seine Freunde werden noch die merkwürdigsten Erfahrungen hierin sammeln.

Frankreich.

— Wozu die Russenfestlichkeiten gut sind. Der „Times" wurde von einem ihrer Korrespondenten aus Toulon berichtet: „Ich war in einer Buchhandlung am Quai du Port, als ein russischer Offizier eintrat und nach Büchern verlangte, deren Verkauf in Rußland verboten ist. Ich fand bald heraus, daß die Buchhändler der Stadt oder zum wenigsten ein Theil von ihnen sich wohl vorbereitet hatten, ein solches Verlangen zu befriedigen. Sie hatten nicht nur einen Vorrath der verbotenen, französischen Werke angelegt, sondern sich auch von Genf und anderen revolutionären Zentren aus mit russischen politischen und sozialen Flugschriften versehen. Wie ich höre, gehen diese reißend ab. Während meines kurzen Aufenthalts in dem Laden wurde das Verlangen zweimal wiederholt. Die Werke sind meist von 20 bis 150 Seiten, die demokratische, sozialistische und nihilistische Prinzipien predigen." — Das hätte sich Väterchen sicher auch nicht träumen lassen, daß seine getreuen Offiziere die ersehnte Gelegenheit eines Besuches in Frankreich benutzen

---

37)

Die Alten und die Neuen.

Roman von M. Kautsky.

Fortsetzung. Nachdr. verboten.

„Ich denke doch nicht", rief Lilli lachend, „da der König ja nach Palästina geht, das heilige Grab zu besuchen."

„Ach Palästina!" rief Prinzessin Melanie, fromm entzückt die Augen verdrehend, „Sie wissen, Carlos, ich war in Palästina."

„O ja", sagte Prinz Sturm, und sein großer ausdrucksvoller Mund verzog sich ironisch, während er mit seiner weißen Hand, von der er den Handschuh gezogen, in rascher, schnellender Geberde, gleich einem Hunde sich hinter den Ohren kratzte.

Er wußte, was ihn bedrohte, und daß sie nun zum hundertsten Male die Geschichte ihrer Wallfahrt zum besten geben würde.

Aber er wollte ihr wenigstens die Vorrede abschneiden und ein direktes Drauflosgehen erleichtern.

„Ich weiß, ich weiß, Sie hatten da höchst interessante Erlebnisse, und Hoheit haben selbst eigenhändig Wasser aus dem Jordan geschöpft."

„— Aus dem heiligen Flusse — zwei Maß voll — ich bewahre es noch in kupfernen Flaschen", versetzte sie hoheitsvoll und wichtig. Dann, sich an Gräfin Dönhof wendend, die diese Geschichte ebenfalls bis zum Ueberdruß kannte, fügte sie gnädig hinzu: „Wenn sie einmal heftige Migräne haben, Liebe, dann schicken Sie doch zu mir, ich werde ihnen einige Tropfen davon geben. Sie verdünnen sie mit Eau de Cologne, reiben die Stirne damit ein, und die Wirkung ist eine wunderbare."

„Besten Dank, Hoheit, für ihre Güte."

Die Prinzessin fuhr mit einem Lächeln der Genugthuung fort: „Ich bin an den vier heiligen Orten, in Zion, in Bethlehem, in Gethsemane und am Kalvarienberge gewesen, und habe von all diesen Orten mir heilige Erde mitgebracht. Sie wird mir in der Sterbestunde aufs Herz gelegt werden — die Seele geht dann ohne Kampf hinüber."

„Es sind köstliche Reliquien, die Sie da errungen," bemerkte Prinz Sturm, „aber", fügte er boshaft und mit einem sarkastischen Lächeln hinzu, „Sie haben auch minder angenehme Dinge von dort mitgenommen."

„Carlos", woran erinnern Sie mich!": rief sie mit einer Geberde des Abscheues, und sich hierauf in aufgeregter Wichtigkeit an die Gräfin wendend, „theuere Natalie, Sie können sich keinen Begriff machen, was ich an dem heiligen Orte gelitten habe, von — stellen Sie sich vor, es gab da — in Unzahl waren sie vorhanden, die —"

Sie lispelte ihr ein Wort in das Ohr.

Der Prinz erhob sich mit einem diskreten Lächeln, er wollte die Prinzessin in weiteren vertraulichen Mittheilungen nicht stören. Diese winkte die Gräfin noch näher an sich heran. Wie die Menschen gerne von einer großen überstandenen Gefahr, in der sie geschwebt, erzählen, so liebte sie es von jener unerhörten Peinigung zu sprechen, der sie, die Hochgeborene, in Palästina ausgesetzt gewesen, und die sie selbst während ihrer Andachtsübungen am heiligen Grabe zu einem fortwährenden Kratzen zwang.

Elsa war von der Tochter des Hauses, der jungen Prinzessin Amelie in Empfang genommen worden. Es schien die bereits versirte junge Dame zu unterhalten, Elsa, den Neuling, in der Gesellschaft zu orientiren. Mit großer Geschicklichkeit und in kurzen aber treffenden Aussprüchen charakterisirte und klassifizirte sie die einzelnen Persönlichkeiten. Mit heuchlerischer Demuth von denen bei Hofe Einflußreichen sprechend, mit boshafter Medisance von den Anderen.

Einige junge Damen, die soeben eintraten, bewitzelte sie in unbarmherziger Weise; sie konnte sichs nicht versagen, gewisse Anekdötchen, die stark an das Skandalöse streiften, ihrer Gefährtin in das Ohr zu flüstern. Hierauf ging sie auf die also Bezeichneten zu, begrüßte sie auf das Herzlichste und küßte diejenige, der sie das Schlimmste nachgesagt, auf den Mund.

Man schritt einem Etablissement zu und gruppirte sich hier; einige Herren kamen, sie zu begrüßen, und setzten sich zu ihnen.

Man konversirte in jenem ungezwungenen, lebhaften Tone, an den Elsa im Hause ihrer Tante sich gewohnt hatte und der ihr zusagte. Man scherzte, man lachte, man ironisirte; aber es war in dem Allen etwas, das ihrem keuschen Sinne neu war, das sie verwirrte und das zu immer deutlicherem Ausdrucke gelangte. Die weißen glänzenden Schultern und tiefdekolletirten Büsten der jungen Damen schienen wie von Luft durchbebt, und ihr Lachen wurde herausfordernder, ihre Augen sprachen eine vielberedte Sprache; und dann gab's wieder ein Flüstern, ein Kichern, ein Seufzen, und die Blicke flogen von einem Kavalier zum anderen, als wollten sie alle erobern, alle zu Sklaven machen, und diese exaltirt, berauscht von so viel Gefallsucht, die sie bei diesen Frauen entfacht, wurden kühner in Blick, in Wort und Geberden und sie brachten all ihre Frivolität unter diese Jugend, die in dieser Atmosphäre zu schwelgen schien.

Elsa in ihrer Schönheit und als eine neue Erscheinung in dem Kreise wurde von Allen bemerkt und bewundert.

Dreiste, begehrliche Blicke waren es, die den ihrigen zu begegnen suchten.

Sie hatte anfänglich in den heiteren Ton mit eingestimmt, jetzt schwieg sie in heftiger Beklemmung. Auch ihr Blut wallte rascher, es klopfte in ihren Pulsen, es stieg als Erröthen in ihren Wangen.

Sie empfand den prickelnden Reiz, der von Außen auf sie wirkte, und zugleich ein Gefühl des Widerwillens, etwas, das sich dagegen auflehnte.

Was war es denn nur, das sie wie ein Taumel erfaßte und so erregte?

Eine unbestimmte Angst überkam sie.

Eine Anzahl Damen und Herren traten herzu, neue Gruppen formten sich.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

würden, sich mit verbotener Lektüre zu versehen. „Nicht Roß nicht Reisige", nicht Schiffspanzer und Marineoffiziere sind gefeit gegen das neuzeitliche Aufklärungsgift. Es sickert überall durch, bis der Zar auf seiner „steilen Höh'" allein und unbewacht übrig bleibt. —

Belgien.

— Genau wie in Oesterreich, malt die Bourgeoispresse das rothe Gespenst an die Wand, sie hat schon vor dem verstümmelten Wahlrecht große Angst. In der „Gazette de Liège" („Lütticher Zeitung") liest man: „Die Gruppe der Radikalen wird gewaltig anschwellen, die Sozialisten werden mindestens zwei Dutzend oder gar dritthalb Dutzend Sitze erlangen; mit dem Proportionalsystem, wie es Beernaert will, werden sie doppelt so stark in die Kammer einrücken. ja, Anarchisten wird es in derselben geben, zum wenigsten werden von Brüssel einer oder zwei hineingeschickt werden." Man sieht, die Wahlreviſion ist nicht mehr eine Sache der Gerechtigkeit, die Furcht vor dem Sozialismus ist in alle Wege das ausschlaggebende Moment.

Aus Stadt und Land.

Bant, 27. Oktober. **Leipziger Sänger.** Das gestrige erste Auftreten der Leipziger Sänger hatte nicht eine solche Anziehungskraft auf das Publikum ausgeübt, um den Saal des „Hotel zur Krone" zu füllen. Der Besuch war nur ein mäßiger, was wohl in erster Linie seinen Grund in den so rasch aufeinander folgenden Vergnügungen haben dürfte, andererseits mag auch die Schuld daran liegen, daß die Konzerte bezw. die Leistungen dieser Gesellschaft noch nicht genügend bekannt sind. Was die Vorträge ꝛc. selbst anbelangt, so fanden wir nur das bestätigt, was darüber geschrieben und gesagt ist, wenn auch hier und da noch Einiges auszusetzen ist. Das Quartett, welches die einzelnen Theile eröffnete, zeichnet sich durch vortreffliche Harmonie der Stimmen, exackten Gesang nnd vorzügliche Vortragsweise aus. Von den einzelnen Duetts und Couplletvorträgen kann man nur sagen, daß sie oft wahre Lachsalven und stürmischen Beifall erzielten. Das Publikum amüsirte sich denn auch ganz vortrefflich, was die Sänger veranlaßte, zahlreiche Zugaben zu machen. Heute und morgen finden weitere Konzerte statt. Siehe Näheres darüber im Inseratentheil der heutigen Nummer.

Wilhelmshaven, 27. Oktbr. Das Versteck- — pardon — das „Berathen"spielen unserer sogenannten leitenden Kreise geht selbst gewissen Bierbankpolitikern über die Hutschnur. So lesen wir im heutigen „Zeitungsanzeiger" folgende für jene Gesellschaft genügend charakterisirende, uns aber höchst belustigende Notiz:

Wilhelmshaven, 26. Oktober. Der Abgeordnete unseres Wahlkreises, Herr Dr. med. Kruse, war gestern hier wiederum anwesend, um sich über verschiedene speziell unsere Stadt berührende Fragen zu orientieren und die Meinungen der Bürgerschaft zu hören. Da Herr Dr. Kruse sich erst kurz vorher angemeldet hatte, war es nicht angängig, die Anwesenheit öffentlich bekannt zu machen und eine größere Versammlung zu diesem Zwecke anzuberaumen, befremden muß es aber, daß nicht einmal die die öffentliche Meinung vertreten sollende Presse zu der stattgehabten Besprechung eingeladen war. Wir sind Herrn Dr. Kruse für das für unsere Stadt wiederholt bewiesene Interesse sehr dankbar, bedauern indeß aus dem oben angeführten Grund nicht in der Lage zu sein, unseren Lesern einen Bericht über die gestrige Besprechung liefern zu können.

Vortrefflich ist, daß Herr Dr. Kruse sich erst kurz vorher angemeldet und dadurch es nicht angängig gewesen sei, die Anwesenheit öffentlich bekannt zu machen. Letzteres war doch unstreitig Absicht der in Betracht kommenden Personen. Warum sich also, lieber „Anzeiger", darüber alteriren? Wollte man eine größere Versammlung für oben bezeichnete Zwecke, so war dazu die „Möglichkeit" doch kinderleicht geboten! Herr Dr. Kruse durfte seine Absicht, nach hier zu kommen, nur einen halben Tag eher anmelden und die Angängigkeit wäre dagewesen. Wo und in was das „bewiesene Interesse" zu finden sein mag, das vermögen wir mit unserem geringen Unterthanenverstande nicht zu ergründen. (Vielleicht in der Gnade, sich wählen zu lassen?! Anm. d. Setzers.) — Ist man mit dem „an der Nase"-führen nicht mehr einverstanden, dann raffe sich doch das bis in's Innerste versumpfte Philisterthum dagegen auf!

Wilhelmshaven, 27. Oktober. (Von der Marine.) Die Kreuzerfregatte „Stein", Kommandant Kapitän zur See v. Wietersheim, ist gestern in Funchal eingetroffen und beabsichtigt am 29. Oktober nach St. Vincent (Cap Verdische Inseln) in See zu gehen. — Der Ablösungsdampfer „Stettin" beabsichtigte gestern von Kamerun aus die Heimreise anzutreten.

Wilhelmshaven, 27. Oktober. Auf die Ziehungsliste der Handels- und Gewerbeausstellungslotterie im Inseratentheil der heutigen Nummer machen wir die Interessenten aufmerksam.

Oldenburg, 27. Oktober. **Mädchenhandel.** Als eine Mahnung an junge Mädchen, in dem Abschlusse von Dienstverträgen nach ausländischen Orten vorsichtig zu sein, möge die Veröffentlichung nachfolgend erwähnten Vorganges dienen. In Amsterdam sind drei junge Mädchen aus einem deutschen Orte, die unter der falschen Vorspiegelung, daß sie gute Stellen an ausländischen Plätzen erhalten sollten, dorthin gelockt und als Opfer eines unsittlichen Handels ausersehen waren, von der Polizei aus den Händen des gewissenlosen Agenten befreit worden. Im Einvernehmen zwischen dem deutschen Konsulat in Amsterdam und dem Armenrath des betr. Orts wurden die Mädchen nach Emmerich gebracht, von wo aus sie durch den Vater eines derselben mit Unterstützung des Armenrathes abgeholt worden sind. — Da diese schamlosen Menschenhändler ihr Opfer überall suchen, so wollen wir eine rechtzeitige Warnung an dieser Stelle nicht versäumen.

Vermischtes.

— Ein wohlgerathener Sohn! Ein in Berlin bei seiner verwittweten Mutter wohnender Ober-Sekundaner hat sich im Café Thiergarten an der Thurmstraße erschossen. Er war am Dienstag voriger Woche zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden, nachdem er eine Reihe leichtsinniger Streiche begangen und schließlich mit einem Freunde, den er veranlaßt hatte, seinen Vater um nahezu 4000 Mk. zu bestehlen, geflohen war. Die Verhaftung erfolgte damals in Magdeburg, nachdem er mit dem von ihm zum Diebstahl veranlaßten Kaufmannslehrling und einem dritten Freunde in zwei Tagen 1800 Mk. durchgebracht hatte. Aus seinem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß er „durch seinen Tod seine Mutter ärgern wolle, damit sie nicht die Freude habe, ihn im Gefängniß zu sehen". Als er vor einiger Zeit Vorwürfe darüber erhielt, daß er seiner Mutter Geld fortgenommen, goß er aus Wuth darüber einen Eimer Wasser in's Klavier und zerschnitt die Oelbilder.

— „Nicht für mich, ihr Lieben, gilt der Rath, den ich ertheile, sondern für Euch!" Zu einem ehrwürdigen Pfarrer in einem Orte bei Hadersleben kam eines Tages ein Bäuerlein, um seine sogen. Priesteropfer u. s. w. zu entrichten. In dem Gespräch klagte der Bauer über die schlechte Ernte, die er in diesem Jahre gehabt hat. „Nur die Hälfte hab' ich geerntet wie sonst!" Der Pfarrer wies auf höheren Willen hin, man müßte mit Allem zufrieden sein u. s. w. Der Bauer sagte nichts und legte die Hälfte des sonst von ihm gezahlten Opfers auf den Tisch. Hiermit war aber der Pastor nicht einverstanden und forderte den vollen Betrag. Der biedere Landmann wies aber auf die Worte vom höheren Willen und Zufriedenheit hin und meinte: Sie sagten ja selber, man müßte mit Allem zufrieden sein! Ich habe auch nur eine halbe Ernte gehabt!

— Deutsche Forschungen in Grönland. Man berichtet aus Kopenhagen: Drei deutsche Gelehrte, Dr. Dryander und Dr. Stade aus Berlin und Dr. Banhöffen aus Kiel, welche im Auftrag der deutschen Regierung eine Forschungsreise in Grönland unternommen haben, sind kürzlich auf der Rückfahrt hier angekommen. Sie haben sich anderthalb Jahre in Grönland aufgehalten und große Sammlungen mitgebracht.

Radfahr-Klub „Fare well", Bant.

Sonntag den 29. Oktober:

Klubtour nach Jever.

Abfahrt präzise 12 Uhr vom Vereinslokal.

Der Fahrwart.

Sande.

Am Sonntag, 29. d. Mts.:

Grosse Tanz-Musik

wozu ergebenst einladet

N. J. Rohlfs.

Empfehle zum Winterbedarf:

Schöne

Jaderberg. blaukeimige

sowie rothe Daber'sche

Esskartoffeln

erstere den Zentner zu 2 Mk., letztere 2 Mk. 20 Pfg.

F. Krüger, Bant,

Kohlenhandlung.

Junges schönes Füllenfleisch

von einem 5 Monate alten Saugfüllen, das Pfund schieres 25 Pf., mit Knochen billiger, empfiehlt

W. v. Essen, Bant,

vis-à-vis Bruns' Kohlengeschäft.

Täglich frische

Berliner Salzkuchen

6 Stück 10 Pf. — empfiehlt

A. Landsberger, Grenzstr. 21.

Gesucht

ein **junges Mädchen** von 14—16 Jahren für leichte **Hausarbeit.**

Frau Arndt, Grenzstr. 10, 1 Tr.

Ziehungs-Liste.

Gelegentlich der am 25. Oktober stattgehabten Ziehung der mit der hiesigen Gewerbe-Ausstellung verbundenen Lotterie fielen die Gewinne auf folgende Loosnummern:

Loos-Nr.	Gew.-Nr.	Loos-Nr.	Gew.-Nr.	Loos-Nr.	Gew.-Nr.	Loos-Nr.	Gew.-Nr.	Loos-Nr.	Gew.-Nr.	Loos-Nr.	Gew.-Nr.
9	210	59	233	87	116	83	105	33	214	10	247
16	27	71	241	94	71	87	244	40	136	28	47
56	75	367	96	119	232	95	133	54	36	47	199
58	181	99	29	21	257	654	246	94	51	63	177
70	53	412	175	27	98	62	41	403	183	87	230
102	146	15	95	32	28	5197	52	24	207	89	268
122	201	52	227	55	155	210	135	66	163	414	275
130	267	58	88	78	271	332	92	88	174	26	11
141	14	628	123	88	153	460	253	501	99	35	124
189	118	79	10	205	130	83	76	6	122	67	229
196	93	1814	44	220	273	88	178	43	255	83	26
199	152	25	117	36	250	94	147	63	111	517	166
213	24	32	35	75	49	511	165	74	274	37	234
221	86	41	184	93	101	26	162	79	209	58	131
232	179	71	258	95	159	27	42	611	186	61	200
246	100	2138	121	343	261	36	103	40	208	64	242
268	120	96	32	56	205	87	269	86	80	69	195
289	102	97	190	413	104	612	187	735	62	76	115
305	9	306	23	17	114	24	211	42	55	78	265
322	272	41	220	35	81	50	198	47	235	86	66
340	236	50	67	90	266	93	222	71	54	91	15
344	90	60	217	610	137	725	126	823	30	716	237
420	260	365	94	33	139	72	228	27	125	55	224
425	7	404	38	43	261	79	57	902	161	76	248
436	273	540	164	50	77	815	171	29	37	91	12
457	143	600	65	92	8	67	132	42	213	831	192
479	5	31	97	93	85	74	182	58	237	62	84
491	1	53	225	3720	167	80	31	70	73	64	180
536	204	65	79	32	215	91	137	7014	63	71	170
561	144	97	50	38	16	971	72	15	249	87	39
584	109	719	18	65	48	98	193	20	203	910	176
637	106	21	140	73	64	6019	112	33	3	17	91
652	145	37	191	4007	194	27	231	43	154	26	226
732	172	40	259	200	60	30	194	58	158	68	168
739	70	88	20	14	212	34	45	86	151	69	134
741	4	847	83	32	223	61	82	171	61	70	251
757	157	60	108	43	113	83	252	79	188	71	219
773	206	919	238	64	160	94	56	89	138	75	149
853	2	37	169	304	110	97	276	201	262	77	59
932	34	52	245	46	260	119	17	3	40	8000	74
1007	141	58	254	70	148	50	58	6	89		
33	69	63	185	80	150	69	128	14	6		
35	46	79	263	94	129	98	256	33	196		
48	21	93	68	501	78	206	156	53	264		
61	25	3051	87	5	240	85	142	60	218		
116	27	52	202	16	173	315	13	73	33		
28	22	86	221	65	243	27	119	7300	107		

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. a. g. A.

Sonntag den 29. Oktober 1893,

Nachmittags 4 Uhr:

Hebung der Beiträge, Abrechnung

bei Herrn **Hemmen**, Hof von Oldenburg.

Der Vorstand.

Bürgerverein des westl. Theils der Gemeinde Heppens.

Sonnabend, 28. d. M.:

Versammlung

im Vereinslokal.

Wegen wichtiger Tagesordnung, die Gemeinderathswahlen betr., ist das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

Zu vermiethen

zum 1. Dezember eine Oberwohnung zu 10 Mk. pr. Monat. Eduard Ahrens, Oldenburgerstraße 31.

Todes-Anzeige.

Mittwoch Vormittag 11 Uhr starb nach achttägiger schwerer Krankheit unsere liebe Tochter

Ida

im Alter von 4 Jahren 7 Monaten, was Freunden und Bekannten hiermit zur Anzeige bringen.

Neubremen, 27. Oktober 1893.

Carl Beckemeyer u. Frau.

Die Beerdigung findet Sonnabend, 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr, vom Werftkrankenhause aus statt.

Danksagung.

Für die außerordentliche herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes und meiner Kinder treuen Vaters sage ich Allen meinen tiefgefühltesten Dank.

Johanne Theiler nebst Kindern.

Landesbibliothek Oldenburg

456 **Wilhelmshavener Kleider-Fabrik Louis Leeser**

1 Bismarckstrasse 1

empfiehlt seine großen Läger in Herren- und Knaben-Artikeln, Hüten, Mützen, sowie allen Unterziehzeugen.

Grösste Auswahl! Anerkannt billigste Preise!

Wegen Umbau

Ausverkauf meines Mäntellagers.

Herm. Meyer, Bismarckstraße 6,

Spezial-Geschäft für Damen- und Mädchen-Mäntel.

Wulf & Francksen.

Gute Waare ist stets die billigste.

Ausstellung fertiger Betten.

Einschläfige Betten Nr. 10		Einschläfige Betten Nr. 10b		Einschläfige Betten Nr. 11		Einschläfige Betten Nr. 12	
aus roth-grau gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.		aus roth-bunt gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.		aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.		Oberbett aus rothem Daunenköper, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.	
Oberbett	10,25	Oberbett	13,50	Oberbett	17,50	Oberbett	22,—
Unterbett	10,25	Unterbett	13,50	Unterbett	17,50	Unterbett	20,50
2 Kissen	7,—	2 Kissen	9,—	2 Kissen	10,—	2 Kissen	12,—
	Mk. 27,50		Mk. 36,—		Mk. 45,—		Mk. 54,50
zweischläfig	Mk. 31,—	zweischläfig	Mk. 40,50	zweischläfig	Mk. 50,50	zweischläfig	Mk. 61,—

Gasthof zum „Schwarzen Bären", Bismarckstrasse 18.

Heute und folgende Tage jeden Abend:

Grosses Streich-Konzert

von der Stamm'schen Kapelle.

Hierzu ladet freundlichst ein **H. Frerichs.**

Gesellen-Verein „Einigkeit" in Jever.

Sonntag den 29. Oktober 1893:

Drittes Stiftungs-Fest

im festlich dekorirten Saale des Gesellenverkehrs.

Entree 1 Mk., wofür freier Tanz. Anfang 7 Uhr.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Einladung

zu dem am Sonntag den 29. Oktober 1893

im Hotel „Zum Erbgroßherzog" (vorm. Buck) in Jever

stattfindenden

Gala-Saal-Fest

mit nachfolgendem Ball

des Radfahrer-Clubs „Fare well", Bant.

Kassenöffnung 7 Uhr. **Anfang 7½ Uhr.**

Entree: Saalkarte 75 Pf., Gallerie 50 Pf., Ball 1 Mk. 50 Pf. Karten sind in Wilhelmshaven bei Kaufmann Janssen, Marktstraße 39, zu haben.

Das Fest-Komitee.

Hotel zur „Krone" in Bant.

Freitag den 27. Oktober:

Sémada-Ensemble.

Leipziger Quartett- und Konzert-Sänger vom Crystall-Palast zu Leipzig.

Sonnabend den 28. Oktober:

Familien-Abend.

Familien-Billets für 5 Personen 2 Mk.

Anfang 8½ Uhr. **Entree 50 Pfg.**

Es wird bemerkt, daß die Sänger auf ihrem Tournee **nur in Bant** auftreten. Um zahlreichen Besuch bittend, zeichnet hochachtend

Die Direktion.

Größtes Spezialgeschäft für **alle** Herren- und Knaben-Artikel, sowie **alle** Unterziehzeuge etc.

Wilhelmshav. Kleiderfabrik Louis Leeser,

1 Bismarckstraße 1.

Preise anerkannt billigst auf jedem Gegenstand mit roth. Zahlen verzeichnet.

Kleiderwarps

in hübschen neuen Mustern, doppelbreit, haltbare Qualität,

Meter 40 Pfg.

Herm. Meinen.

Zu vermiethen

Umstände halber zum 1. November eine 3-räumige Etagenwohnung oder eine 4 räum. Unterwohnung. Wilhelmshavenerstr. 9.

Banter Hafen.

Traf hierselbst mit einer **Schiffsladung vortrefflichem**

Emdener Weißkohl

ein und gebe denselben zu billigen Preisen ab.

Schiffer C. Ahrends.

Verantwortlich für die Redaktion C. Duden; Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg